LINKE christlich
Über Hexen und Friedhöfe wurde in Gadebusch diskutiert SEITE 2

ZERFÄLLT DIE EU?
Die EU mit vielen Streitpunkten Seite 4

THEMA NAHBUS
Fazit und Perspektive des ÖPNV Seite 5

der WELLENBRECHER

▶ Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg

DIE LINKE. Kreisverband Nordwestmecklenburg

6. Jahrgang / Ausgabe 31 - Nr. 2 / 2016 www.die-linke-nwm.de

Kreisparteitag orientiert auf Wahlkampf zur Landtagswahl 2016 in MV

Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Bundestag, stellte in seiner Rede auf dem Kreisparteitag am 09.04.2016 in der Malzfabrik in Grevesmühlen die Bedeutung einer klaren und ehrlichen Positionierung zu aktuellen, insbesondere zu sozialen Fragen unserer Gesellschaft für den Wahlkampf in MV, in den Vordergrund. Die Wahlniederlagen der LINKEN bei den bisherigen Landtagswahlen in diesem Jahr müssen Anlass sein, den Bürgern deutlicher unsere Antworten auf Fragen der Zeit nahe zu bringen. Dabei ist die Auseinandersetzung mit den konkurrierenden Parteien nicht zu scheuen. Insbesondere die „einfachen Antworten“ der AFD sind offensiv zu zerlegen, um die wahren, unsozialen Ziele dieser Partei für den Wähler sichtbar zu machen. Die Entpolitisierung großer Bevölkerungsschichten führte hin zum Hang nach einfachen Antworten, die zunehmend auch von den anderen etablierten Parteien gegeben werden. Auch wenn es nicht leicht sein wird, komplexe Zusammenhänge darzustellen und unsere politischen Lösungsansätze zu vermitteln, ist jeder Versuch populistischer Argumentation, also „einfacher Antworten“ zu vermeiden.

Die Wahlentscheidung in MV ist noch offen.

Die stark emotionalisierte Debatte des Umgangs mit den Flüchtlingsströmen in Europa wird mit Sicherheit auch den Wahlkampf in MV mitbestimmen. Dabei wird uns häufig vorgeworfen, dass wir alle Flüchtlinge dieser Welt zu uns einladen würden. Das ist falsch. Wir wollen die Verhältnisse so ändern, dass sie in ihrem bisherigen Umfeld gut leben können. Die aktuellen Aufgaben für die EU und Deutschland im Zusammenhang mit den Flüchtlingsströmen sind Ergebnis bisheriger verfehlter Politik der Bundesregierung, der EU und der NATO. Sie haben dazu beigetragen, dass die Menschen in Syrien, Afghanistan und weiteren krisengeschüttelten Ländern nicht mehr in Sicherheit leben können und deshalb ihre Heimat verlassen.

Auch Horst Krumpen, Kreisvorsitzender unserer Partei machte in seiner Rede deutlich, dass wir uns auf eine konsequente, klare Positionierung und auf eine zugkräftige sowie deutlich wahrnehmbare Argumentation im Wahlkampf vorbereiten.

Bericht von Uwe Boldt

Zu Beginn des Parteitages übergab Dietmar Bartsch dem Verein „Die Insel“, die durch einen Brandanschlag vier Fahrzeuge verloren hatten, einen Scheck in Höhe von 1.500 €.

Der Kreisparteitag wählte folgende Delegierte für den 5. Bundesparteitag, der seine erste Sitzung am 28./29.05.2016 einberufen hat:

Delegierte:

Sandra Montag, Sigrid Sandmann, Roland Kargel und Horst Krumpen

Ersatzdelegierte:

Gabriele Sauerbier, Annegret Tschersich, Björn Griese und Thomas Pagels

AKTION

Volksinitiative Kostenfreie Kita

Wir, ein Zusammenschluss aus Elternvertretern der Kitas des Amtsbereiches Neuburg, planen im Namen aller Eltern in MV eine deutliche Senkung der Elternbeiträge durch eine Gesetzesänderung, bis hin zur kostenfreien Kita.

Diese Volksinitiative zielt auf Artikel 18 des KiföGMV ab und soll die Landesanteile zur sofortigen Entlastung der Eltern pro Kitaplatz erhöhen, somit bleibt mehr Geld im Portemonnaie der Familien.

Alle Familienmitglieder werden aufgerufen, ihre Stimme in Form ihrer Unterschrift für diese längst überfällige Gesetzesänderung zu geben.

Auf der Homepage der Kindertagesstätte „Ostseekrabben“ in Dreveskirchen http://www.kita-ostseekrabben.de findet ihr alle wichtigen Informationen, den Download-Link zur eigentlichen Unterschriftenliste, sowie zu diesem Flyer.

Wir rufen alle Eltern, deren Familien, Freunde, Bekannte und Arbeitskollegen/Innen auf, diese Initiative mit ihrer Unterschrift zu unterstützen!

Darf ich über meine letzte Ruhe selbst entscheiden?

Dazu hatte die BO Gadebusch am 5. April ins Rathaus in Gadebusch eingeladen und Peter Ritter von der Landtagsfraktion der LINKEN als kompetenten Gesprächspartner gewinnen können.

Der illustre kleine Kreis diskutierte angeregt und auch kontrovers, denn wie man an das Thema heran geht, ergab sich aus der unterschiedlichen Weltanschauung von Atheisten und Christen. Während Peter Ritter der Meinung war, dass der Mensch allein über seine letzte Ruhe und Ruhestätte allein entscheiden solle, waren die beiden Pastorinnen der Auffassung, dass der Mensch darüber nicht mehr entscheiden könne, eben weil er tot sei. Das Gespräch erfasste den Friedhofszwang, den man lockern müsste, so Peter Ritter, also die Urne im eigenen Garten bestatten oder auf das Büffet im Wohnzimmer stellen?

Friedhöfe sollen Kulturstätten bleiben und gehören in öffentliche Hand. Beerdigungen werden immer teurer, darum nehmen anonyme Bestattungen zu. Bestatter kann jeder werden, er braucht nur ein Gewerbe anzumelden. Peter Ritter forderte auch, dass das Sterbegeld wieder eingeführt werden sollte. Auch darüber gab es unterschiedliche Meinungen, denn ob das dann auch für die Beisetzung verwendet wird, entscheiden die Hinterbliebenen. Einig war sich die Gesprächsrunde darin und das auch als Fazit der Veranstaltung: Friedhöfe sollen kommunal bleiben bzw. in kommunale Hand übergehen und finanziell entsprechend ausgestattet werden. Viele Kirchen haben eigene Friedhöfe und können diese nicht mehr unterhalten und auch die kommunalen Friedhöfe können nicht kosten deckend bewirtschaftet werden, obwohl das eine Pflichtaufgabe ist.

Mecklenburg-Vorpommern, dünn besiedelt, sollte sich dieses Themas endlich annehmen und dafür sorgen, dass Friedhöfe, egal in wessen Hand, als Kulturstätten erhalten bleiben und gepflegt werden.

Von Luise Krüger

Wismarer Bürgerinitiative gegen neues Wohngebiet

Gegen die von der Wismarer Bürgerschaft beschlossene Errichtung eines neuen Wohngebiets westlich des Stadtteils Wendorf regt sich Widerstand in der Bevölkerung.

Eine Initiative aus vorwiegend parteilosen Bürgern kritisiert, dass mit der Bebauung hochwertiges Ackerland versiegelt und unwiederbringlich einer landwirtschaftlichen Nutzung entzogen würde. Sie sieht weiterhin eine Beeinträchtigung des angrenzenden Naherholungsgebiets infolge von unvermeidlichem Bau-, Verkehrs- und Zivilisationslärm und – nicht zuletzt – eine Bestandsgefährdung der Medianklinik, die durch eine angrenzende Wohnbebauung wesentliche Vorzüge – Naturnähe, Ruhe und Abgeschiedenheit - gegenüber Mitbewerbern auf diesem umkämpften Geschäftsfeld verlöre.

Die Initiative hat inzwischen mit einer Unterschriftensammlung unter eine Petition begonnen, die sich an den Bürgermeister und die Bürgerschaft wendet mit der Aufforderung, den entsprechenden Bürgerschaftsbeschluss nicht weiterzuverfolgen. Auch eine online-Petition habe ich dazu auf den Weg gebracht.

Im Konflikt zwischen den Intentionen der Unterzeichner und denen der Mehrheit der gewählten Mitglieder des Stadtparlaments – zu denen auch unsere Fraktion gehört – sehe ich im wesentlichen einen solchen zwischen sozial-ökologischen Erfordernissen auf der einen Seite und auf der anderen dem Bestreben, die kommunale Entwicklung zu fördern, in diesem Falle vor allem Steuerbürger für die Stadt zu gewinnen; - das Hemd ist uns näher, als die Jacke, meint schon ein altes Sprichwort.

Da in unserem Lande viele Kommunen vor solchem Zwiespalt stehen und fast immer gegen die Ökologie entschieden wird, halte ich in unserer Partei Aufklärung und Auseinandersetzung über die riesigen ökologischen Herausforderungen, vor denen die Menschheit gegenwärtig steht, für dringend geboten. Mehr Grün ins Rot habe ich an gleicher Stelle im gleichen Zusammenhang schon einmal gefordert. Unseren sozialen Auftrag werden wir künftig nur bei Beachtung der ökologischen Erfordernisse erfüllen können. Und – um zur Bürgerinitiative zurückzukehren – die bisher fast zweitausend Bürger, die schon die Petition unterschrieben haben, könnten möglicherweise als Wähler für uns verloren sein.

Lutz Tannhäuser

Hexen - Unschuldige oder Verschwörer gegen das Gemeinwesen der Frühen Neuzeit?

Unter diesem Motto organisierte die Rosa-Luxemburg Stiftung gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE in der Gadebuscher Stadtvertretung, eine interessante Veranstaltung mit Dr. Katrin Moeller (Leiterin des Historischen Datenzentrums Sachsen-Anhalt, Universität Halle-Wittenberg). Über 40 Besucher konnten wir begrüßen.

Weit über 100 Menschen wurden zwischen den Jahren 1573 und 1693 in der Stadt bzw. im Amt Gadebusch der Hexerei angeklagt. Der überwiegende Teil überlebte dies nicht. Deutschlandweit waren es wohl an die 25.000 Menschen, die der Hexerei bezichtigt wurden und dies geschah in überwiegend protestantischen Ländern des Deutschen Reiches. Die katholische Kirche bzw. die katholisch geprägten Ländern Süddeutschlands bzw. Südeuropas hielt sich mit solchen Prozessen zurück. So wurden im katholisch geprägten Spanien ganze 7 Prozesse wegen Hexerei geführt. Auch Kinder wurden der Hexerei bezichtigt. Das Jüngste in Mecklenburg der Hexerei angeklagte Kind, war gerade mal 3 Jahre alt.

Fazit ein gelungener, interessante Abend. Ein großes Dankeschön an Fr. Dr. Moeller und an die vielen Helfer, die bei der Vorbereitung geholfen haben. Und es war richtig, das Gadebusch, als erste Stadt in MV, diesen Beschluss über die sozialethische Rehabilitation der Opfer gefasst hat.

Von Thomas Konieczny

Wer kämpft kann verlieren - wer nicht kämpft hat schon verloren...

So hat es einmal Bertold Brecht treffend formuliert. Der Kampf vor dem wir in diesem Jahr stehen, ist die Landtagswahl. Es wird ein harter Kampf in einer schwierigen Zeit.

Auch im Kreisvorstand und in der BO-Vorsitzenden-Runde haben wir uns mit der politischen Gesamtsituation beschäftigt. Das alles überlagernde Thema, auf das die Landespolitik kaum Einfluss hat, ist sicher die Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber in unserem Land. Hier den Kurs zu halten und Humanität zu zeigen und dabei gleichzeitig am Infostand den Menschen klar zu machen, dass wir die einzige echte Alternative sind, die für Soziale Gerechtigkeit steht, das wird eine Herausforderung. Wir haben als Kreisvorstand entschieden, mit denen, die sich als "Alternative" bezeichnen und damit einen Weg des Rechtspopulismus beschreiten, werden wir die aktive inhaltliche Auseinandersetzung suchen. Wir nehmen die Auseinandersetzung ernst, wir haben die besseren Argumente, wenn es um das soziale Miteinander geht, wenn es um die Umverteilung von oben nach unten geht - kurz, wenn es eben auch um die geht, die sich ausgegrenzt fühlen und die sozial und finanziell am Rand stehen - und eben nicht erst seit ein paar Tagen.

Während andere jetzt "oh Wunder" feststellen, dass die Rente nicht mehr zum Leben reichen wird, haben wir seit Jahren diese Sünden der Ära Schröder angeprangert. Ohne uns gäbe es keinen einheitlichen Mindestlohn in Ost und West und ohne uns auch schon lange niemanden mehr, der die Beseitigung der Benachteiligungen im Osten der Republik einfordert.

Der Kreisvorstand und auch die BO-Vorsitzenden haben sich über die wesentlichen Abläufe im Wahlkampf und viele notwendige organisatorische Dinge bereits verständigt, die Stellplätze sind bereits angemeldet und Plakate und Drucksachen in der Zahl festgelegt. Die wesentlichen Inhalte werden wir noch am 12. Mai zusammen mit den Kreisvorständen Ludwigslust-Parchim und Schwerin besprechen anhand des bis dahin vorliegenden Programmentwurfs. Die Zuarbeiten aus den BO sind direkt an den Landesverband gegangen und werden beim Programm berücksichtigt. Kurz gesagt, die praktischen Vorbereitungen laufen ihren guten Weg. Die politische Wetterlage bleibt im Moment wohl eher windig und zeitweise stürmisch ..... aber wir können das schaffen ☺.

Der Wahlkampf läuft in den Medien bereits auf Hochtouren, auch wenn so mancher Artikel nach offiziellem Anstrich von Landkreis oder Stadt aussieht... Fakt ist, im Moment werden wir wenig gehört. Gerade deshalb brauchen wir alle Kräfte und ich bitte euch diese zu mobilisieren. Wir brauchen Aktionen und Infostände und Genossinnen und Genossen, die unsere Ideen und Gedanken dem Zeitgeist entgegen halten und dies auch in ihrem Umfeld immer wieder tun. Wir alle sind der Kreisverband und jeder Einzelne kann und sollte seine Stimme nutzen, für unser gemeinsames Ziel im September zu kämpfen.

Euer Horst Krumpen,
Kreisvorsitzender

Für Sie. Für Euch. Für Grevesmühlen.

Wahlkampfeinstimmung mit Helmut Holter und Wahl von Uwe Wandel

Zu einer gelungenen Wahlkampfeinstimmung in unserer Basisorganisation kam unser Fraktionsvorsitzender im Landtag und Spitzenkandidat Helmut Holter ins Vereinshaus nach Grevesmühlen. Helmut Holter zeigte den Weg auf, der bis zur Landtagswahl noch vor uns liegt und vermittelte den zahlreichen Anwesenden Genossen und Gästen in seiner klaren und kämpferischer Rede wo es in unserem Land überall Probleme gibt, die von der großen Koalition nicht angepackt wurden.

Neben den klaren Bildungspolitischen Akzenten, für die die ebenfalls anwesende Simone Oldenburg seit Jahren steht, gibt es zahlreiche Themen von Arbeitsmarkt bis Wirtschaftsförderung in denen die LINKE sich mit klarem Kurs für die Menschen einsetzt.

Auch die Thematik der zu uns gekommenen Flüchtlinge und der damit verbundenen anstehenden Finanziellen Herausforderungen wurden nicht ausgespart. Helmut Holter rief dazu auf neugierig auf andere Kulturen zu sein und aufeinander zuzugehen. Im Anschluss an Helmuts Rede entspann sich eine lebhafte Diskussion unter anderem auch um das Für und Wider einer möglichen Regierungsbeteiligung nach dem 4 September. Horst Krumpen als Kreisvorsitzender und Landtagskandidat verwies darauf, dass die LINKE antrete um Verantwortung für das zu übernehmen, was sie in ihrem Wahlprogramm verspricht, ob dies am Ende zu einer Regierungsbeteiligung führen werde das entscheiden die Wählerinnen und Wähler.

Im Anschluss an die lebhafte Debatte stellte sich in der dann folgenden Aufstellung des Bürgermeisterkandidaten der parteilose Uwe Wandel vor. Der in Grevesmühlen geborene bodenständige und bekannte Unternehmer warb für einen pragmatischen und klaren Kurs in der Kommunalpolitik. Der amtierender Bürgermeister der Nachbargemeinde Gägelow möchte er seine Erfahrungen und politischen Fähigkeiten gerne zum Wohle der Menschen in Grevesmühlen in die Waagschale werfen. Bei der anschließenden geheimen Wahl sprachen sich alle Wahlbeteiligten für seine Kandidatur aus. Nun gilt es gemeinsam einen engagierten Wahlkampf zu führen für Landtags und Bürgermeisterwahl.

TERMINE

Kranzniederlegung am 8. Mai am Sowjetischen Ehrenmal in Wismar

In Mecklenburg-Vorpommern ist der 8. Mai als „Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges“ ein staatlicher Gedenktag.

Der Stadtvorstand und die Fraktion der Bürgerschaft der Partei DIE LINKE laden die Einwohner der Hansestadt am Sonntag, den 8. Mai 2016 um 11 Uhr zum Gedenken an die Opfer des 2. Weltkrieges am Sowjetischen Ehrenmal in der Philipp-Müller-Straße ein.

Das verbinden wir die Forderung nach sofortiger Beendigung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und sprechen uns für ein Verbot von Waffenexporten aus.

Wir durchqueren Jamel

Die demokratischen Parteien im Landkreis laden am 1. Mai zur Fahrradtour

Die Fahrradtour für ein friedliches Nordwestmecklenburg startet um 10 Uhr vom Grevesmühlener Marktplatz und in Proseken vom „Störtebeker“, um 9.30 Uhr vom Wismarer Marktplatz und um 8,.30 Uhr vom Bahnhof in Bad Kleinen.

Ab 11 Uhr werden am Findling, der Raststätte für Fahrradfahrer in Jamel, auf einer Wiese Ostgehölze gepflanzt. Diese Wiese soll nach und nach zu einer bunten Streuobstwiese werden, zu einem Platz für Gemeinschaft und vielfältiges Miteinander. Danach geht es zum Familienfest nach Gressow.

62 Superreiche besitzen so viel wie die Hälfte der Weltbevölkerung

Ein Prozent der Weltbevölkerung hat mehr Vermögen als der Rest der Welt zusammen. Nur 62 Menschen besitzen genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.

Die weltweite soziale Ungleichheit hat einen neuen Höchststand erreicht. Ein Grund ist die unzureichende Besteuerung von großen Vermögen und Kapitalgewinnen sowie die Steuervermeidung von Unternehmen und reichen Einzelpersonen durch ein System von Steueroasen, das vor allem den Reichen zugutekommt und die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst noch schneller als erwartet: Vor einem Jahr prognostizierte Oxfam, im Jahr 2016 werde das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung mehr besitzen als die restlichen 99 Prozent zusammen. Tatsächlich wurde diese Schwelle bereits 2015 erreicht. Dies geht aus dem Bericht „An Economy for the 1%“ (1) hervor, den Oxfam im Vorfeld des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos veröffentlicht. Dem Bericht zufolge droht soziale Ungleichheit die Fortschritte bei der Armutsbekämpfung zunichte zu machen.

Investitionen von Unternehmen in Steuerparadiesen haben sich zwischen 2000 und 2014 vervierfacht. Neun von zehn weltweit agierenden Konzernen haben mindestens eine Tochterfirma in Steueroasen. Durch die Steuervermeidung von Unternehmen gehen Entwicklungsländern jährlich mindestens 100 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen verloren. Reiche Einzelpersonen halten in Steueroasen rund 7,6 Billionen US-Dollar versteckt – unversteuert. Durch das globale Steuervermeidungssystem werden den Bürger/innen in armen Ländern die notwendigen Gelder vorenthalten, die zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit dringend benötigt werden, insbesondere Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Sicherung. Alleine die afrikanischen Staaten kostet es jährlich rund 14 Milliarden US-Dollar, dass reiche Einzelpersonen ihr Vermögen in Steueroasen verschieben. Mit dem Geld ließe sich in Afrika flächendeckend die Gesundheitsversorgung für Mütter und Kinder sicherstellen, was pro Jahr rund vier Millionen Kindern das Leben retten würde. Auch in reichen Ländern fehlen dringend benötigte Ressourcen zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaats und der öffentlichen Infrastruktur, von der auch große Unternehmen abhängig sind. Wir fordern dagegen ein Wirtschafts- und Finanzsystem, von dem alle profitieren: Wer soziale Ungleichheit und Armut bekämpfen will, muss Steuergerechtigkeit schaffen und Steueroasen trockenlegen. Konzerne dürfen sich nicht länger aus ihrer Verantwortung stehlen. Sie müssen ihre Gewinne dort versteuern, wo sie sie erwirtschaften. Die Politik muss die Anliegen der Bevölkerungsmehrheit über die Interessen der Superreichen stellen. Sie muss die Steueroasen trockenlegen.

Unter https://act.oxfam.org/deutschland/steueroasen-trockenlegen kann man die Bundesregierung auffordern, dem Übel der Steueroasen endlich ein Ende zu setzen.

Quelle: www.oxfam.de

Zerfällt die Europäische Union?

Mit der Einführung des Euro als einheitliche Währung bei Beibehaltung einer nationalen Finanzpolitik sind Krisenerscheinungen angelegt, seit die EU existiert. Wirtschaftlich schwächere Staaten gerieten bald in wirtschaftliche Abhängigkeiten; sie konnten bei mangelnder Wirtschaftskraft nicht mehr mit Abwertungen einer nationalen Währung gegensteuern und häuften Schulden an. Mit den dramatischen Vorgängen um Griechenland im Juni 2015 wurde das krasse Demokratiedefizit in der EU offenkundig: Nicht demokratische Wahlentscheidungen regelten, wie mit den Schulden zu verfahren ist, sondern eine demokratisch nicht legitimierte Troika. Die gewählte Regierung wurde praktisch zum Erfüllungsgehilfen für Interessen der Gläubiger degradiert. Die an einen Erfolg der linken griechischen Regierung geknüpften Hoffnungen zum Aufbrechen der besonders von Deutschland forcierten Austeritätspolitik zerplatzten wie Seifenblasen.

Infolge der enormen Flüchtlingszuwanderungen seit 2015 verstärkte sich die Krise der EU noch außerordentlich. Sie erwies sich praktisch als unfähig, gemeinsame Positionen durchzusetzen und tauschte schließlich mit der Türkei Menschenrechtsnormen gegen die Schließung der sog. Balkanroute, während einige Mitgliedsländer das Schengenabkommen mit Zäunen und Stacheldraht aushebelten. Nationale Interessen haben Vorrang vor europäischer Solidarität, eine Renationalisierung innerhalb der EU ist z. Zt. unübersehbar. Wie darauf reagieren?

Die in fast allen europäischen Staaten erstarkten rechten Parteien unterschiedlicher Ausprägung streben eine Stärkung der Nationalstaaten, wenn nicht sogar den EU-Austritt an.

Und die Europäische Linke? Auch in ihr gibt es Bestrebungen, das gegenwärtige Dilemma aufzulösen. Schon bald nach dem coup d´état gegen Griechenland traten namhafte europäische Linkspolitiker, darunter Oskar Lafontaine, Yanis Varoufakis, Jean-Luc Mélènchon; Stefano Fassina u. a. mit einem *Plan B für Europa (http://www.pressenza.com/de/2016/01/ein-plan-b-fuer-europa/)* an die Öffentlichkeit. Mit ihm wird die Neuverhandlung der europäischen Verträge sowie ziviler Ungehorsam gegen das Diktat der Banken und Konzerne angestrebt. Dem Euro-Dilemma soll u.a. mit technokratischen Maßnahmen wie Einführung eines parallelen Zahlungssystems, Parallelwährungen, digitalisierte Eurotransaktionen, auch Austritt aus der Eurozone beigekommen werden. Inzwischen fanden dazu Zusammenkünfte zahlreicher Aktivisten statt, zuletzt vom 19. bis 21. Februar in Madrid; für Juni dieses Jahres hat Oskar Lafontaine einen Kongress in Deutschland angekündigt.

Yanis Varoufakis scheint sich inzwischen von einigen Forderungen aus dem Plan B verabschiedet zu haben. Er tritt mit der Initiative DiEM25 (**D**emocracy **i**n **E**urope **M**ovement) für eine breite politisch unabhängige Volksbewegung zur Demokratisierung der EU ein, die einen verfassungsgebenden europäischen Konvent anstreben soll, mit dem die neoliberale Vorherrschaft der bisherigen EU-Institutionen gebrochen sowie alle Entscheidungsvorgänge in der Union demokratisiert und transparent gemacht werden sollen. Am 9. Februar wurde in der Berliner Volksbühne von namhaften Politikern aus aller Welt - auch die Parteiführung DIE LINKE war vertreten - ein *Manifest für die Demokratisierung Europas (http://diem25.org/home-de/)* verabschiedet. Auf dieser Webseite sind inzwischen mehr als 17000 Unterstützer registriert. Auch ich habe mich dort als Mitglied eingetragen, weil ich meine, dass es ein Zurück aus der EU nicht geben darf, - schon aus Gründen der Friedenssicherung, wie Gregor Gysi seine Haltung begründete. Mit Austritts- oder Szenarien mit unterschiedlicher Währung gerät man schnell in programmatische Nähe z. B mit der AfD, und eine Querfrontpolitik in Sachen EU sollte für Mitglieder unserer Partei tabu sein.

Lutz Tannhäuser

Freie Fahrt über (Kreis-)Grenzen hinweg

Von Björn Griese

Am 14. März trafen sich Mitglieder der Linksfraktionen in den Kreistagen von Ludwiglust-Parchim und Nordwestmecklenburg sowie der Landeshauptstadt Schwerin auf Einladung des kommunalpolitischen Forums M-V zu einer gemeinsamen Beratung u.a. zum Thema ÖPNV.

Im Rahmen des Nahverkehrsplans für die Planungsregion Westmecklenburg wurde bereits im letzten Jahr ein Regionaler Nahverkehrsplan für Nordwestmecklenburg vom Kreistag verabschiedet. Ergebnis sind neue Linien, neue Taktzeiten und ein neues Preissystem mit dem Ziel, den ÖPNV im Landkreis zu harmonisieren und attraktiver zu machen. Wenn es auch mit der Umstellung seit Januar 2016 Probleme gibt, so besteht doch die Zuversicht, dass langfristig mehr Menschen den Bus nutzen. Natürlich müssen Probleme abgestellt werden, Organisationabläufe optimiert und ggf. auch die Tarifstruktur angepasst werden. Im Herbst soll dazu in NWM eine große Zwischenbilanz gezogen werden.

Ein wichtiges Problem an der Kreisgrenze wurde leider bis kurz vor Jahresende 2015 fast übersehen – der Busverkehr über die Kreisgrenze hinaus in die Stadt Schwerin. Diesen nutzen viele Pendler täglich u.a. aus Richtung Pingelshagen oder Seehof/ Lübstorf. Erst kurz vor Ultimo konnte eine Einigung zwischen Stadt, Landkreis, Nahverkehr Schwerin und Nahbus erzielt werden. Man einigte sich bei der Bedienung der bis dahin strittigen Linie 8 und verständigte sich auf ein Kombi-Ticket. Damit müssen Fahrgäste weder umsteigen, noch an der Stadtgrenze einen neuen Fahrschein erwerben. Alles andere wäre nicht im Sinne unserer Einwohnerinnen und Einwohner.

Nun wird gerade im Nachbarlandkreis Ludwigslust-Parchim ebenfalls der Regionale Nahverkehrsplan erarbeitet und es bahnen sich die gleichen Unstimmigkeiten mit Schwerin an. Wieder wären die Fahrgäste die Betroffenen von unverständlichen Regelungen, die an Kreisgrenzen Halt machen. Umsteigen, mehrfache Fahrscheinkäufe und Leerfahrten wären die Folgen. Ursprünglich sollten gerade solche Probleme mit dem Nahverkehrsplan für ganz Westmecklenburg vermieden werden. Leider wurden damals strittige Fragen ausgeklammert und bis heute nicht geklärt. Wir haben uns daher als LINKE dazu verständigt, dass wir in Ludwigslust-Parchim ebenfalls Verträge zu Kombi-Tickets mit der Landeshauptstadt vorschlagen und im Kreistag abstimmen lassen werden. Fahrgäste aus dem Umland könnten dann u.a. an Umsteigepunkten in der Landeshauptstadt ohne zusätzliche Bezahlung problemlos auf Straßenbahnen und Busse umsteigen. Ein solches Ticket darf jedoch keinen der Partner benachteiligen.

Hinzu kommt, dass auch zwischen den beiden Landkreisen natürlich Busse verkehren. So gibt es zum Beispiel in Warin immer noch viele Verbindungen (z.B. zu Ärzten) in Richtung Sternberg, dem einstigen Zentrum des Kreises Sternberg, zu dem auch Warin gehörte. Auch die Verbindung nach Schwerin führt von hieraus durch den Nachbarkreis. Ähnliche Probleme wird es auch in der Region Lützow geben. Daher sehen wir die Notwendigkeit, mit dem Kreis Ludwigslust-Parchim ebenfalls eine Vereinbarung zu Kombi-Tickets zu treffen. Einen entsprechenden Antrag werden wir in den Kreistag einbringen.

Langfristig sollten wir in Westmecklenburg über eine Tarifgemeinschaft oder gar einen Verkehrsverbund diskutieren. Dies wäre im Sinne von Nutzerfreundlichkeit und Wirtschaftlichkeit das Beste für unsere Region. Dazu gilt es aber noch einiges an Überzeugungsarbeit zu leisten, waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der gemeinsamen Beratung einig. Unverständnis wurde darüber geäußert, dass es bisher nicht gelungen sei, eine solche Abstimmung zum Wohle der Menschen herbeizuführen und den ÖPNV in der gesamten Region Westmecklenburg zu harmonisieren.

Wie nah ist der NAHBUS?

Von Simone Oldenburg

Kaum ein anderes Thema bewegte die Gemüter in den vergangenen Tagen, Wochen, ja, gar Monaten so sehr wie das neue Nahverkehrskonzept des Landkreises.

Bereits im Vorfeld war dieses Thema, unter anderem durch die Landrätin, gespickt mit Querelen und Misstrauen, mit einer unverständlichen Personalpolitik, die dann zum Weggang des Kopfes des neuen Verkehrskonzeptes führte.

Dass das Konzept bis heute nicht so richtig an Fahrt aufnehmen konnte, liegt auch an den verpatzten Entscheidungen im Vorfeld. Hier wird so deutlich, dass es eben bei derartigen Auseinandersetzungen nicht bei jedem darum geht, Veränderungen und Verbesserungen für jede und jeden zu erreichen, es nicht darum geht, den gesamten Landkreis abzuholen und mitzunehmen.

Nun rollen die Busse – manchmal auch an den Einwohnerinnen und Einwohnern vorbei, man vergaß einfach, Haltestellen anzufahren.

Ganze Gebiete waren so fern der Buslinien, dass weder Arztbesuche noch das Einkaufen möglich war.

Seit Mitte Februar sind nun viele Veränderungen an den Fahrplänen erfolgt, aber längst ist noch nicht alles in trockenen Tüchern.

Kinder sind immer noch zu früh an der Schule oder werden zu spät abgeholt, die Fahrpreise sind nicht für alle erschwinglich und manchmal sind die Preise auch nicht nachzuvollziehen.

Von Lübow bis zum Friedenshof – mit mehrmaligem Umsteigen – zahlt man ca. acht Euro; für Fahrten zur örtlich zuständigen Schule zahlen Eltern 75 Euro pro Kind, wenn die Schule weniger als vier Kilometer vom Heimatort entfernt ist.

Für den Katzensprung von Gägelow nach Proseken: 75 Euro.

Für die Kurzstrecke von Rambow nach Dorf Mecklenburg: 75 Euro.

Hier fehlt es genauso an durchdachten Kalkulationen wie bei den Fahrten für Berufsschülerinnen und Berufsschüler.

Hier sind wir uns parteienübergreifen einig, dass schnellstmöglich die Tarife so geändert werden müssen, dass wir einen Nahverkehr aufbauen, der wirklich nah bei den Menschen in unserem Landkreis ist.

Das kann natürlich auch bedeuten, dass die Kosten für den Landkreis steigen, aber wer die Kreisumlage im Wahljahr senken kann, kann auch in die Tasche greifen, um den Frauen, Männern und Kindern Fahrpreise zu ermöglichen, bei denen sie nicht zu tief in ihre eigenen Taschen greifen müssen.

Wismarer Fraktion DIE LINKE gab wichtige Impulse

Langes Ringen um Gestaltung Marienkirchplatz findet akzeptable Lösung

Von Uwe Boldt

Alles begann mit den Bauarbeiten zur Sanierung der Kellerstraße am Marienkirchturm in den Jahren 2007-2008. Es wurden die Fundamente der im 2. Weltkrieg zerstörten 'Alten Schule' gefunden und sofort ist durch die damalige Bürgermeisterin im Zusammenwirken mit Prof. Kiesow, Vorsitzender der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, der größten privaten Initiative für Denkmalpflege in Deutschland, die Idee des Nachbaus des Gebäudes entwickelt worden.

Bereits am 28.02.2008 wurde beschlossen, dass die Fundamente der „Alten Schule“ im ehemaligen Gotischen Viertel so ausgebildet und gesichert werden sollen, dass ein zukünftiger Wiederaufbau dieses Gebäudes nach erneuter Beschlussfassung durch die Bürgerschaft möglich ist. Bereits in dieser Sitzung wurden die zwei gegensätzlichen, auch international wissenschaftlich diskutierten Strömungen im Umgang mit den im Krieg (oder in dessen Folge) total zerstörten städtebaulich prägenden Gebäude in der Bürgerschaft sichtbar. Unsere Fraktion war immer der Auffassung, dass Baudenkmale Zeugnis einer bestimmten Zeit/Epoche darstellen und ein Nachbau nach heutigem Baurecht mit neuen Materialien sich in einer Stadt, die noch sehr viele gut erhaltene geschichtsträchtige Bausubstanz vorweisen kann, sich verbietet.

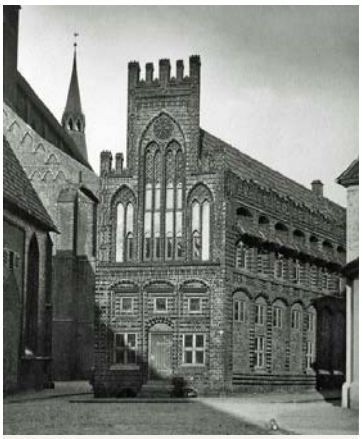
Für die historischen Fundamentreste der 'Alten Schule' ist eine gläserne Umbauung vorgesehen, die diesen hässlichen Witterungsschutz endlich überflüssig machen wird.

Mit Realisierung des Konzeptes St-Marien-Forum Wismar wird auch die seit vielen Jahren kritisierte Abdeckung der Ummauerung des Kirchenschiffes beendet.

In den Folgejahren bis 2010 gab es immer wieder Versuche der Verwaltung/Bürgermeisterin, Entscheidungen in Richtung Nachbau und Wiederherstellung mittelalterlicher Enge auf dem Marienkirchplatz herbeizuführen. Dabei sollte das Fundament der 'Alten Schule' mit einer massiven Betondecke versehen werden. In den Ausschüssen und in der Bürgerschaft wurden dazu immer wieder leidenschaftliche Diskussionen geführt, die letztendlich zu keiner Lösung führten.

Mit dem Antrag der LINKS-Fraktion vom 27.05.2010 zur Durchführung eines 'Beteiligungs- und Mitwirkungsverfahren zur Umsetzung der Konzeption Marienkirchplatz, Gotisches Viertel, Sankt Georgen' entsprechend § 137 BauGB, gelang es dann, das Entscheidungsverfahren zum Gotischen Viertel in geregelte Bahnen zu lenken. In mehreren Veranstaltungen waren interessierte Bürger dieser Stadt zusammengekommen, um in moderierter Form über die Ziele der Fortentwicklung des zentralen Stadtraumes 'Marienkirchplatz' und der Entwicklung eines Leitbildes zu beraten. Hier trafen wieder die zwei gegensätzlichen Konzepte zur Gestaltung und Nutzung des Platzes aufeinander, so dass es der professionellen Moderation geschuldet ist, dass die zum Teil stark emotionalen Diskussionen dann doch zum Entwurf eines Leitbildes führten.

Darauf aufbauend ist dann innerhalb des vielstufigen Verfahrens, unter Einbeziehung vieler Fachdienste und Institutionen ein Leitbild nach entsprechender Abwägung der vorgebrachten Einwände Dritter am 30.01.2014 beschlossen worden. Danach wurde entsprechend des Beschlusses die Konzeption fortgeschrieben und jetzt in einem erfolgsträchtigen Antrag auf Förderung nationaler Projekte des Städtebaus zusammengefasst. Es ist vorgesehen, mit Hilfe dieser Fördermitteln in Höhe von rund 3,2 Mio. € das Marienforum in seiner Komplexität zu schaffen und die vielen angefangenen unkoordinierten und teilweise unfertigen baulichen Teilschritte wie Ummauerung Kirchenschiff, Sicherung Fundament 'Alte Schule' usw. endgültig zu beseitigen bzw. fertigzustellen.



Die Verfechter des Nachbaus der 'Alten Schule' wollten nicht den mittelalterlichen Baukörper neu errichten sondern wie auf dem Foto zu sehen, den umgebauten und sanierten Baukörper von 1880

Kernpunkte des Gestaltungskonzeptes:

1. Barrierefreie Entwicklung des Bereiches nördlich und westlich des Kirchenschiffes, um den Umgang um die Marienkirche wiederherzustellen und zusätzlich eine barrierefreie Verbindung zwischen dem Welt-Erbe-Haus u. der St.-Marien-Kirche zu gewährleisten.
2. Vervollständigung des vorhandenen Großgrünbestandes um den nördlichen und westlichen Umgang des St.-Marien-Forums zu akzentuieren und einen städtischen Platz auszubilden.
3. Gestaltung des ehemaligen Kirchturmes und Kirchenschiffs der St. Marienkirche, um zugunsten der repräsentativen Gestaltung westlich der Turmfront von St.-Marien auf temporäre Bauten zu verzichten. Als zukünftige Ausbaustufe des Europäischen Backsteinmuseums ist eine barrierefreie Erschließung des Turmes geplant.
4. Sanierung des Straßenzuges St. Marienkirchhof, Johannisstraße, Negenchören sowie Schüttingstraße. Für diese Infrastrukturmaßnahme sollen vorhandene Parkplatzflächen verlagert und optimiert werden.
5. Strukturelle Gestaltung Skulpturengarten: Die damit erforderlich werdenden städtebaulichen Veränderungen überführen vorhandene Parkplätze in Anlehnung an den ehemaligen Friedhof zu einer neu gestalteten Grünfläche. Der Aufenthaltsraum soll mittels Bänderung aus Plattenbelägen, Pflasterrasen und Solitärstrauchbepflanzungen sowie einer Ausstattung mit Sitzkuben, Lichtbändern und Kunstobjekten seine eigene Identität erhalten. Im Sinne des Klimaschutzes werden versiegelte Flächen rückgebaut.
6. Entwicklung weiterer Teile des St.-Marien-Forums Wismar: Die ergrabenen Grundmauern der Alten Schule sollen als archäologisches Ausstellungsobjekt ge-nutzt werden. Die Funktion der temporären Bauten gilt es zu integrieren. Die ehem. Kapellen, Maria zur Weiden u. Banzkowsche Sühnekapelle sind als Fußspuren in Erinnerung zu rufen.

Ostermarsch 2016:
Wismarer Signal für Frieden in der Welt

Die Demonstration von über 50 Bürgerinnen und Bürger ging vom Weidendamm über die Altstadt zum Marktplatz. Michael Erich Deppe, der Hauptorganisator der Friedensdemonstration, stellte in seiner Begrüßungsrede auf dem Marktplatz die Entschlossenheit aller Friedensaktivisten heraus, keine Art von Krieg, weder direkt noch indirekt, zu unterstützen. Er betonte, dass Krieg ein Verbrechen an der Menschheit darstellt und die Arbeit an der Beseitigung aller Kriegsursachen immer mehr an Bedeutung gewinnt.

3000 Nelken für fröhliche Frauen
Kleine Aufmerksamkeit zum Internationaler Frauentag kam gut an

Traditionell waren auch in diesem Jahr unsere Genossinnen und Genossen im gesamten Kreis unterwegs, um am Internationalen Frauentag mit einer roten Nelke die Frauen und ihre Verdienste ein wenig zu würdigen. In kurzen Gesprächen und bei den Begegnungen zum Frauentag wurde unser politisches Anliegen immer wieder thematisiert.

Nicht nur dass wir noch weit entfernt sind von den schönen Worten der Gleichstellung der Frauen a la Grundgesetz, sondern auch das Lohngefälle von immer noch mehr als 20% waren Thema der Gespräche. Dieses geringere Lohnniveau und die oft fehlenden Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben auch deutlich spürbare Auswirkungen auf die spätere Rente. Für uns LINKE ist aus diesem Grunde auch politisch der Kampf um Gleichberechtigung ein weiterhin wichtiger Kampf, deshalb ist jeder Tag Frauentag!

Die Frauen freuten sich über die kleine Aufmerksamkeit, die ihnen durch die symbolische Nelke zu Teil wurde und es gab viele fröhliche Gesichter, sowohl bei den „Beschenkten“ als auch bei unseren Landtagskandidatinnen Simone Oldenburg, Björn Griese und Horst Krumpen, die bei den Verteilaktionen mit dabei waren. Im gesamten Kreisgebiet wurden 3000 Nelken von zahlreichen GenossInnen verteilt.

„Demokratie leben“
DIE LINKE auf der Hanseschau 2016

Die 26. Hanseschau, vom 03.- 06. März 2016, lockte zahlreiche Besucher in ihre Hallen. Im Mittelpunkt der Messe stand die Jugend. Unter dem Motto „Demokratie leben“ konnten junge Menschen sich mit einbringen und das aktuelle Geschehen mit gestalten.

DIE LINKE. Nordwestmecklenburg beteiligte sich auch in diesem Jahr mit einem eigenen Messestand. Die drei Landtagskandidaten_innen Simone Oldenburg, Björn Griese, Horst Krumpen und der Bürgermeisterkandidat für Grevesmühlen, Uwe Wandel, standen Rede und Antwort. Es gab gezielte Fragen zum Thema Asyl, Alt-Anschlussgebühr für Grundstückeigentümer und dem Wahlprogramm.

Die jungen Besucherinnen und Besucher konnten beim Thema Arbeit „Das-muss-drin-sein“ sensibilisiert werden, da meisten schon konkrete Vorstellung hatten was sie später einmal arbeiten wollen. Die Volksinitiative „Bahnoffensive für das südliche Mecklenburg“ nutzte die 4 Tage intensiv, um für Unterstützung zu werben. Am Ende der Hanseschau waren es 500 Menschen, die uns ihre Unterschrift gaben und sich daran beteiligt haben.

Für ein buntes und weltoffenes Wismar
Meeting von über 100 Bürgern am 26. März in Wendorf

Das Bündnis „Wismar für alle“ hatte für Sonnabend, den 26. März 2016 um 17.00 Uhr in Wendorf zu einem Protestmeeting gegen einen Umzug der ausländerfeindlichen Bewegung „Wismar wehrt sich“ aufgerufen.

Mit Transparenten, Luftballons und Trillerpfeifen haben über 100 Bürger, darunter viele Jugendliche und Flüchtlinge, in der Nähe des „Platz des Friedens“ für eine bunte und weltoffene Hansestadt demonstriert. Sie begleiteten den Vorbeimarsch der etwa 50 rechten Asylgegner mit einem gellenden Pfeifkonzert. Eine große Polizeipräsenz sorgte dafür, dass die Veranstaltung friedlich abgelaufen ist.

Gut gelaunt und begleitet von fröhlichen Tänzen der jungen Leute beendeten die Demonstranten nach etwa einer Stunde das Meeting.

In eigener Sache:

Die Redaktion des Wellenbrechers bedankt sich bei allen Einsendern von Bildmaterial. Auf unserer Homepage findet ihr mehrere Fotoserien von unseren Aktionen.

Zum 130. Geburtstag von Ernst Thälmann

Ernst Thälmann ist uns als bedeutende Persönlichkeit der deutschen Arbeiterbewegung bekannt.

Er wurde am 16. April 1886 in Hamburg geboren, 1903 Mitglied der SPD und schloss sich 1920 mit einem Teil der USPD der KPD an, zu deren Vorsitzenden er 1924 gewählt wurde. Ernst Thälmann wurde 1933 verhaftet und verbrachte 11 Jahre in Einzelhaft - bis zu seiner Ermordung 1944 im Konzentrationslager Buchenwald.

Sein Name ist mit den Klassenkämpfen der Weimarer Republik und dem Widerstand gegen den Faschismus eng verbunden. In der DDR wurde das Andenken an Ernst Thälmann gepflegt.

Mir ist aus der Schulzeit der Film „Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse“ in lebhafter Erinnerung und dabei der bewaffnete Kampf für eine proletarische Räterepublik 1923 in Hamburg.

Den Faschisten war Ernst Thälmann verhasst, warnte er doch rechtzeitig und weitsichtig vor der faschistischen Gefahr. Eine große internationale Protestbewegung gegen seine Inhaftierung zeugt von seiner Popularität in jener Zeit. Zu seinem 50. Geburtstag bekam er 1936 Glückwünsche aus der ganzen Welt, darunter von Maxim Gorki, Heinrich Mann, Martin Andersen Nexö und Romain Rolland. Im Spanischen Bürgerkrieg kämpfte 1935/36 in der XI. Internationalen Brigade das Thälmann-Batallion gegen den Franco-Faschismus.

Aus meiner heutigen Sicht darf man auch die Probleme und Fehler nicht verschweigen. Darunter sehe ich seine Position zu den Sozialdemokraten, so ihre Bezeichnung als „Sozialfaschisten“, die den Kampf gegen den Faschismus schwächte. Auch seine bedingungslose Verbundenheit mit dem „Stalinschen Sozialismus“ gehört dazu.

In Wismar erinnert in der Schweriner Straße ein Gedenkstein an Ernst Thälmann. Mit den Jahren ist die Inschrift verwittert. Zu Ehren seines 130. Geburtstages sorgt Hinrich Siedenschnur dafür, dass ein Steinmetz die Inschrift erneuert und der Gedenkstein wieder ein würdiges Aussehen erhält. Dafür danken wir Hinrich ganz herzlich.

Von Peter Vorbau

der WELLENBRECHER
Herausgegeben vom:
Kreisverband DIE LINKE
Am Schilde 7a, 23966 Wismar

DIE LINKE.
NORDWESTMECKLENBURG

Redaktion:
Sonja Bahlk, Uwe Boldt, Helga Brauer, Björn Griese, Horst Neumann, Lutz Tannhäuser, Peter Vorbau u. Frank Wuttke

Kontakt:
Fon: (03841) 28 35 55
Fax: (03841) 20 19 79
Mail: info@die-linke-nwm.de
Internet: www.die-linke-nwm.de
Redaktionsschluss: 16.03.2016

Wir trauern um unseren Ehrenvorsitzenden

Siegfried Behrendt,

88 Jahre.

Siegfried hat seit 1989 bis jetzt unsere BO vielseitig geprägt, mitgestaltet und unterstützt.

Wir werden ihn in bester Erinnerung behalten.

Im Namen der BO Gadebusch
Luise Krüger

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im März und April 2016 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an unseren Genossen Alred Appelt zum 93. Geburtstag. Zum 89. Geburtstag gratulieren wir Genossen Ernst Hahn und zum 85. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an unseren Genossen Lutz Tannhäuser. Zum 83. gehen herzliche Glückwünsche an die Genossin Anita Horn. Auf 81 Lebensjahre blicken die Genossen Gottfried Schiller und Eberhard Dettmann zurück. Herzliche Glückwünsche zum 80. Geburtstag erhalten die Genossinnen Erika Prochnow, Wera Schild, Ingrid Kornprobst und Christa Schiller, sowie Genosse Joachim Drobig. Zum 75. Geburtstag wünschen wir den Genossen Peter Krull und Manfred Mündel alles erdenklich Gute.

Herzliche Glückwünsche gehen ebenfalls an unsere Genossinnen Erika Wach- Hein und Marie-Jose` Hohenfels sowie den Genossen Horst Lutz zum 65. Geburtstag und an Genossen Michael Heinze zum 60. Wiegenfest.

Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteiarbeit.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

TERMINE

18.04.2016
23966 Wismar, 19 Uhr

Wir Erben: Was Geld mit Menschen macht

Lesung mit Julia Friedrichs

Stadtbibliothek, Ulmenstr. 15

Gemeinsam mit der Stadtbibliothek Wismar

03.05.2016
23966 Wismar, 19 Uhr

„Alles Islam oder was?

Frauenfeindlichkeit, Rückständigkeit, Gewalt im Namen Gottes?“

Christian Kübler im Gespräch mit Nushin Atmaca, Zentrum Moderner Orient Berlin TGZ, Alter Holzhafen 19

26.05.2016
23966 Wismar, 19 Uhr

Gespräch

Vermessung der Utopie. Mythen des Kapitalismus

mit Prof. Dr. Elmar Altvater und Raul Zelik

Hochschule Wismar, Philipp-Müller-Str. HS 221

Gemeinsam mit attac

13.06.2016
23966 Wismar, 19:00 Uhr

Karl Marx und Karl Polanyi - Auswege aus der Krise des Kapitalismus

Diskussion / Vortrag

Mit Prof. Dr. Michael Brie

Konferenzraum des TGZ Wismar, Alter Holzhafen 19

AG SENIOREN

Helmut Holter kommt nach Warin

In Abstimmung mit den benachbarten Basisorganisationen hat die Arbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik der LINKEN des Landkreises NWM den Vorsitzenden der Linksfraktion im Landtag MV und Spitzenkandidat zur Landtagswahl im September 2016, Genossen Helmut Holter, zu einer öffentlichen Diskussionsrunde mit den Einwohnern Warins und Umgebung eingeladen.

Von der Entwicklung im Gesundheitswesen, der Energiepolitik, der Bildung, bis hin zu kulturellen und sozialen Fragen wollen wir diskutieren. Tatsache ist, die Landesregierung hält die Euros zurück und die Kommunen sparen sich kaputt und können kaum noch - oder - keine Investitionen tätigen.

Zu Fragen, wie z.B. wie weit ist es mit dem Neubau des Kindergartens oder was passiert bis zum Sommer am Strand, können die Stadtvertreter antworten.

3. Mai 2016
Gaststätte Taun Sandhaas, Lange Str. 1, Warin, 17.00 Uhr

Kurt Dombrowski, amtierender Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik der LINKEN im Landkreis NWM